



Haushalt 2024 - Antrag B 90 / Die Grünen Kreisumlage für das Haushaltsjahr 2024

VO/2023/500	Fraktionsantrag
öffentlich	Datum: 24.11.2023
<i>FD 1.3 Gremien und Recht</i>	Ansprechpartner/in:
	Bearbeiter/in: Christiane Ostermeyer

Datum	Gremium (Zuständigkeit)	Ö / N
07.12.2023	Hauptausschuss (Beratung)	Ö
18.12.2023	Kreistag des Kreises Rendsburg-Eckernförde (Entscheidung)	Ö

Begründung der Nichtöffentlichkeit

Beschlussvorschlag

Der Prozentsatz für die Kreisumlage wird für das Haushaltsjahr 2024 um einen Prozentpunkt auf 28 Prozentpunkte gesenkt.

Für den Haushalt des Kreises Rendsburg-Eckernförde des Jahres 2024 und des Jahres 2025 wird der Landrat gebeten, den Kreistagsabgeordneten einen Haushaltsentwurf zur Entscheidung auf der Grundlage einer Kreisumlage von 28 Prozentpunkten vorzulegen.

Sachverhalt

Der Sachverhalt kann der Anlage entnommen werden.

Relevanz für den Klimaschutz

Finanzielle Auswirkungen

Anlage/n:

1	Haushalt 2024 - Kreisumlage_Antrag_Bündnis 90-Die Grünen
---	--

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde
geschaeftsstelle@gruene-fraktion-rd-eck.de

Rendsburg, 12. November 2023

Kreisumlage für das Haushaltsjahr 2024

Sitzung des Hauptausschusses am 7. Dezember 2023

Sitzung des Kreistages am 18. Dezember 2023

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Kreistag Rendsburg-Eckernförde beantragt:

Der Prozentsatz für die Kreisumlage wird für das Haushaltsjahr 2024 um einen Prozentpunkt auf 28 Prozentpunkte gesenkt.

Für den Haushalt des Kreises Rendsburg-Eckernförde des Jahres 2024 und des Jahres 2025 wird der Landrat gebeten, den Kreistagsabgeordneten einen Haushaltsentwurf zur Entscheidung auf der Grundlage einer Kreisumlage von 28 Prozentpunkten vorzulegen.

Begründung:

Der Haushalt des Kreises Rendsburg-Eckernförde für das Jahr 2024 wird voraussichtlich auf der Grundlage der aktuellen Steuerschätzung und der sich hieraus ergebenden Mittelzuweisungen an den Kreis bei Gegenüberstellung der Einnahmen und Ausgaben defizitär sein. Nach Veröffentlichung der regionalen Steuerschätzung wird der Kreis aktuell und in den kommenden Jahren nicht mit ausreichenden Einnahmen rechnen können. Einen Großteil seiner Rücklagen wird der Kreis benötigen, um zukünftige defizitäre Haushalte ausgleichen zu können und auch in Zeiten einer konjunkturellen Schwäche wichtige Infrastrukturmaßnahmen ergreifen zu können.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen ist der Überzeugung, dass die Einnahmensituation des Kreises aktuell und in naher Zukunft nicht so stabil sein wird, dass eine dauerhafte deutliche Senkung der Kreisumlage angemessen ist. Im Vergleich mit den anderen Kreisen in Schleswig-Holstein ist der Kreis Rendsburg-Eckernförde bereits der finanzschwächste Kreis. Gleichwohl nimmt die Fraktion wahr, dass der finanzielle Druck auch auf die kreisangehörigen Gemeinden durch das zunehmende Aufgabenspektrum sich stark erhöht hat.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht sich daher für eine Absenkung der Kreisumlage um einen Prozentpunkt für die Dauer von zwei Jahren aus. Dies stellt einen Kompromiss zwischen dem an den Kreis herangetragenen Anliegen der Kommunen auf Senkung der Kreisumlage und den Aufgaben und Belangen des Kreises dar. Hierdurch erhalten die Gemeinden einen etwas größeren Spielraum für die Haushalte, aber die Rücklagen des Kreises werden nicht so weit aufgezehrt, dass dieser nicht mehr in der Lage ist, bei Bedarf kurzfristig und zielgerichtet notwendige Mittel im Kreisgebiet bereitzustellen, sowie die in den kommenden Jahren zu erwartenden Haushaltsdefizite auszugleichen.

Die letzte Sturmflut, die in diesem Jahr noch vor der eigentlichen Sturmsaison stattgefunden hat, hat zu immensen Schäden im Kreisgebiet geführt und Schwachstellen aufgezeigt. Kreisweit sind Maßnahmen zur Klimaanpassung erforderlich. Der kreisweite Katastrophenschutz muss gestärkt werden. Die Handlungsfähigkeit des Kreises bleibt dauerhaft aber nur gegeben, wenn der Kreis mit den Rücklagen vorsichtig wirtschaftet, bis die wirtschaftliche Situation wieder die Bildung von Rücklagen zulässt.

Zudem stehen in den nächsten Jahren weitere wichtige interkommunale Aufgaben auf der Tagesordnung. So wird z.B. die Finanzierung von On-Demand-Verkehren nach dem Auslaufen der Pilotförderungen benötigt, damit mittelfristig das Problem der "Geisterbusse" ohne Einschränkung des Angebots gelöst werden kann. Auch der Ausbau der Radwegeinfrastruktur hat gerade erst begonnen und setzt in den nächsten Jahren eine auskömmliche Finanzierung voraus. Die Finanzierung des Bildungstickets steht zudem bisher auf tönernen Füßen und damit auch seine Umsetzung für die Schülerinnen und Schüler im Kreis und seine Integration in das bestehende System der Schülerbeförderung.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Christine von Milczewski

Lukas Strathmann